

Interpellation zur nachhaltigen Reduktion des Personal- und Sachaufwands in der Landesverwaltung und zu Strukturreformen im Staatswesen

Gestützt auf Art. 45 der Geschäftsordnung vom 19. Dezember 2012 für den Liechtensteinischen Landtag reichen die unterzeichneten Abgeordneten eine Interpellation ein und laden die Regierung ein, nachfolgende Fragen zu Sparmassnahmen in der Landesverwaltung und zu Strukturreformen im Staatswesen zu beantworten:

Fragen:

1. In welchen Bereichen der Landesverwaltung und mit welchem finanziellen Erfolg ist es der Regierung seit Amtsantritt gelungen, Massnahmen zur nachhaltigen Reduktion des Personal- und Sachaufwands umzusetzen?
2. In welchen Bereichen der Landesverwaltung sind entsprechende Massnahmen geplant oder bereits in Umsetzung?
3. Wie sehen diese Massnahmen aus?
4. Was hat die Regierung bislang konkret unternommen, um die vom Staat wahrgenommenen Aufgaben in qualitativer und quantitativer Hinsicht mit dem Bestreben zu überprüfen, die Regulierungsdichte zu reduzieren, unnötige Bürokratie abzubauen und das Potential zur Reduktion der Staatsaufgaben und damit des Personal- und Sachaufwands zu nutzen?
5. Wie ist die Regierung diesbezüglich bis jetzt vorgegangen, wie wird sie weiter vorgehen und bis wann ist mit konkreten Ergebnissen beziehungsweise Vorschlägen zu rechnen?

Begründung:

Die neue Regierung wurde am 27. März 2013 vereidigt und ist nun ein Jahr im Amt. Eine der wesentlichsten Aufgaben, mit denen sie sich von Anfang an konfrontiert sah und weiterhin sehen wird, ist die nachhaltige Sanierung des Staatshaushalts.

Eine wesentliche Forderung im Rahmen der Sanierung des Staatshaushalts betrifft die verwaltungseigenen Personal- und Sachaufwendungen, die im Budget 2013 mit 327.9 Millionen Franken zu Buche standen. Das Budget 2014 sah demgegenüber eine Reduktion um 6.2 Prozent auf 307.6 Millionen Franken vor. Das war ein akzeptabler Anfang, doch darf es damit nicht getan sein. Die Regierung ist weiterhin in der Pflicht und hat in Bezug auf die Sanierung des Staatshaushalts eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Nur durch die Wahrnehmung dieser Vorbildfunktion kann von der Bevölkerung Akzeptanz für Sparmassnahmen erwartet werden, von denen sie selbst betroffen ist.

Die unterzeichnenden Interpellanten haben die Regierung in ihren Sparbemühungen bislang unterstützt und sind auch hinter unpopulären Massnahmen gestanden. Mit ihrer Motion zur Reduktion der Parteienfinanzierung, mit ihrem Doppelverdienerpostulat und mit substantiellen Kürzungsanträgen im Rahmen der Beratung des Budget 2014, haben sie darüber hinausgehende Tatbeweise angetreten.

Auch die Forderung nach Einsparungen im Personal- und Sachaufwand der Landesverwaltung wurde von den Interpellanten mehrfach deponiert, allerdings nicht verbunden mit Kahlschlagwartungen und dem Ruf nach Rasenmäher- und Holzhammermethoden, sondern mit Strukturreformen. Dementsprechend haben die Interpellanten auch die Aktuelle Stunde des Landtags vom vergangenen November dem Thema "Abbau von Überregulierung und Bürokratie" gewidmet.

Dass ein differenziertes Vorgehen Zeit benötigt, war den Interpellanten stets bewusst. Im Lichte dessen haben sie dem Budget 2014 auch hinsichtlich des Personal- und Sachaufwands zugestimmt. Doch ist die Regierung nun ein Jahr im Amt, seither hat S.D. der Erbprinz in zwei Thronreden und in einer Ansprache zum Staatsfeiertag auf der Schlosswiese eindringlich gefordert, den Umfang der Staatsaufgaben kritisch zu hinterfragen. So sagte S.D. der Erbprinz zuletzt in seiner Thronrede zur Landtagseröffnung am 27. Februar 2014:

"Die Sanierung des Staatshaushaltes ist weiterhin die grösste Herausforderung für unseren Staat. Damit verbunden ist die Herausforderung, die Sozialsysteme finanziell nachhaltig zu gestalten. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, wurden in letzter Zeit immer wieder Strukturreformen gefordert. Dabei wurde auch die Frage thematisiert, welche Aufgaben der Staat heute überhaupt wahrnehmen soll. Wir sollten uns in den nächsten Monaten intensiv mit dieser Frage beschäftigen. Einerseits halte ich dies für notwendig, um in der nächsten Phase der Haushaltssanierung ausreichend Fortschritte zu machen. Andererseits sehe ich darin auch eine grosse Chance, um unseren Staat für die Zukunft und mögliche weitere Herausforderungen zu stärken." (Ende Zitat)

Die Regierung ist nach einem Jahr Amtszeit am Zuge, nun einen Weg aufzuzeigen, wie diese Strukturdiskussion von statten gehen und noch im Laufe der Legislaturperiode 2013-2017 zu konkreten Ergebnissen geführt werden kann.

Vaduz,

Christoph Beck

Peter Büchel

Frank Konrad

Violanda Lanter-Koller

Judith Öhri

Karin Rüdiger-
Quaderer

Thomas Vogt

Christoph Wenaweser